



Die Arbeit des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der 16. Wahlperiode

Der Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages war in der 16. Wahlperiode (Oktober 2005 - bis Oktober 2009) für das Verkehrswesen, das Bauwesen, den Städtebau und Querschnittsfragen in Bezug auf die neuen Länder zuständig. Er hatte 36 Mitglieder (13 CDU/CSU, 13 SPD, 4 FDP, 3 DIE LINKE. und 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). **Vorsitzender** des Ausschusses war Abg. Dr. Klaus W. Lippold (CDU/CSU-Fraktion), sein Stellvertreter Abg. Peter Hettlich (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Obmann der CDU/CSU-Fraktion war Abg. Dirk Fischer, Obmann der SPD-Fraktion Abg. Uwe Beckmeyer, Obmann der FDP-Fraktion Abg. Horst Friedrich (Bayreuth), Obfrau der Fraktion DIE LINKE. Abg. Dorothee Menzner und Obmann der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abg. Dr. Anton Hofreiter. Der Ausschuss hat in der 16. Wahlperiode insgesamt 95 Sitzungen, darunter 13 öffentliche Anhörungen, durchgeführt.

Vor dem Hintergrund der geplanten Kapitalprivatisierung der Deutsche Bahn AG hat der Ausschuss im März 2007 einen **Unterausschuss "Eisenbahninfrastruktur"** mit 9 Mitgliedern (3 CDU/CSU, 3 SPD, 1 FDP, 1 DIE LINKE, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eingesetzt. Vorsitzender war Abg. Enak Ferlemann (CDU/CSU-Fraktion), sein Stellvertreter Abg. Uwe Beckmeyer (SPD-Fraktion). Der Unterausschuss hat sich in insgesamt 22 Sitzungen insbesondere mit den Themenkomplexen Netz und allgemeine Eisenbahninfrastruktur befasst und hat dabei eine Vielzahl von Experten angehört. Seinen Abschlussbericht hat er dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Juni 2009 vorgelegt.

Die Beratungsthemen

Infrastruktur

Ein wichtiges Thema der 16. Wahlperiode war die Frage der Beschleunigung der Planung und Umsetzung großer Verkehrsinfrastrukturprojekte. Zunächst erfolgte eine Verlängerung der Geltungsdauer des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes bis zum Ablauf des 31. Dezember 2006¹. Zu dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur **Beschleunigung von Planungsvorhaben** für Infrastrukturvorhaben² sowie zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates³ zur Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren für Verkehrsprojekte fand im Mai 2006 eine öffentliche Anhörung des Ausschusses statt. Im Oktober 2006 empfahl der Ausschuss dem Deutschen Bundestag die Annahme des Entwurfs eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsvorhaben für Infrastrukturvorhaben mit Änderungen⁴. Das Gesetz beinhaltete unter anderem die Ablösung des bis dahin überwiegend auf die neuen Länder beschränkten Sonderplanungsrechts nach dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, die Einführung von Präklusionsfristen bei der Beteiligung von Umweltschutzvereinigungen, die Erweiterung der Möglichkeiten zum Verzicht auf Erörterungstermine im Anhörungsverfahren und die Verkürzung des Rechtsweges auf eine Instanz – das Bundesverwaltungsgericht – für ausdrücklich genannte Verkehrsinfrastrukturvorhaben. 2008 wurde die Frage der Planungszeiten für Infrastrukturvorhaben im Hinblick auf eine Stärkung der Konjunktur beraten⁵. Thematisiert wurden auch der Erhaltungszustand der Fernstraßeninfrastruktur⁶ und die Bestandssanierung der Verkehrsinfrastruktur⁷.

Unter den zahlreichen einzelnen Infrastrukturprojekten, mit denen sich der Ausschuss in der 16. Wahlperiode befasst hat, ist das Projekt einer **Festen Querung über den Fehmarnbelt** für den Straßen- und den Eisenbahnverkehr hervorzuheben. Mit diesem Projekt hatte sich der Ausschuss bereits intensiv befasst, als ihm im Jahr 2009 das Gesetz zur Ratifikation des ent-

¹ s. Drucksache 16/45, 16/221

² Drucksache 16/54,

³ Drucksache 16/1338

⁴ s. Drucksachen 16/54, 16/1338, 16/3008, 16/3158

⁵ s. Drucksache 16/11750, 16/13120

⁶ s. z. B. Drucksache 16/3141, 16/4629

⁷ s. z. B. Drucksachen 16/553, 16/1090

sprechenden Staatsvertrages zwischen Deutschland und Dänemark⁸ zur Beratung überwiesen wurde⁹. Im Mai 2009 informierte sich der Ausschuss auch im Rahmen einer öffentlichen Anhörung über dieses Thema¹⁰.

Unter verschiedenen Aspekten befasste sich der Ausschuss mit dem Stand der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) und mit den **Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V)**¹¹.

Weitere Themen aus dem Bereich der Infrastruktur waren unter anderem:

- Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Infrastrukturplanung¹²
- Privatfinanzierung im Fernstraßenbau¹³ und Öffentlich-Private-Partnerschaften
- Tätigkeit und Aufgaben der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft¹⁴
- Der Verkehrsinvestitionsbericht der Bundesregierung¹⁵

Eisenbahnwesen

Eine Reihe von Themen aus dem Bereich des Eisenbahnwesens standen in der 16. Wahlperiode im Fokus der Ausschussberatungen.

Die Diskussion über die geplante **Teilprivatisierung der Deutsche Bahn AG** hat die Öffentlichkeit mit besonderem Interesse verfolgt. Das Thema wurde im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sehr kontrovers diskutiert¹⁶. Im Jahr 2006 wurde unter Einbeziehung externen Sachverständigen intensiv über in Betracht kommende Privatisierungsvarianten mit oder ohne Netz beraten. Im gleichen Jahr hat der Ausschuss zur Frage einer Kapitalprivatisierung der Deutsche Bahn AG mehrere öffentliche Anhörungen durchgeführt¹⁷. Auch das Sondergutachten der Monopolkommission „Die Privatisierung der Deutschen Bahn AG“ war Gegenstand der Ausschussberatungen. Im Jahr 2008 befasste sich der Ausschuss mit den Auswir-

⁸ s. Drucksachen 16/12069, 16/13261

⁹ s. z. B. Drucksachen 16/3668, 16/3798, 16/4630

¹⁰ 88. Sitzung am 6. Mai 2009

¹¹ s. z. B. Drucksache 16/13585

¹² s. Drucksache 16/4900, 16/7367

¹³ z. B. Drucksachen 16/4658, 16/5790

¹⁴ s. z. B. Drucksache 16/5198, 16/8277, 16/11016

¹⁵ s. Drucksache 16/11850

¹⁶ s. z. B. Drucksachen 16/3801, 16/4110, 16/4413, 16/5270, 16/6813, 16/8046, 16/8774, 16/9070, 16/9071, 16/9362

¹⁷ 10. Mai 2006, 1. Juni 2006, 23. Mai 2007, 26. Mai 2008

kungen der internationalen Finanzkrise auf die Pläne für eine Kapitalprivatisierung der DB AG¹⁸.

In Bezug auf die DB AG wurde unter anderem die **Zuordnung von Immobilien** der früheren Bundesbahn an die Tochtergesellschaften der Deutsche Bahn AG beraten. Ein Thema, welches auch in der Öffentlichkeit besondere Beachtung fand, war die **Datenschutzaffäre** bei der Deutsche Bahn AG. Mit dieser hat sich der Ausschuss in einer Reihe von Sitzungen sehr intensiv befasst und hat dabei auch die DB AG, Datenschützer und weitere Fachleute umfassend einbezogen. Mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, **Dr. Rüdiger Grube**, hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach dessen Amtsantritt im Mai 2009 mehrere ausführliche Gespräche geführt.

In Bezug auf den **Hauptbahnhof Berlin** ging es in der 16. WP zum einen um die Frage einer Verlängerung des Bahnhofsdaches auf die ursprünglich geplante Länge. Zum anderen informierte sich der Ausschuss über die Ursachen der Ablösung eines Stahlriegels von der Fassade des Bahnhofsgebäudes und erörterte die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Er hat dabei sowohl die DB AG als auch die Architekten in mehreren Sitzungen einbezogen.

Auch in der 16. Wahlperiode war die **Sicherheit des Eisenbahnverkehrs** ein wichtiges Anliegen des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er hat sich in diesem Zusammenhang unter anderem mit den Konsequenzen aus dem ICE-Unfall im Landrückentunnel, mit Folgerungen aus dem Achsbruch bei einem ICE 3 im Kölner Hauptbahnhof und mit der Frage schadhafter Achsen an Güterwaggonen befasst.

Hinsichtlich der **Schieneinfrastruktur** wurden die Berichte des Unterausschusses im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung intensiv erörtert. Zudem hat der Ausschuss zu diesem Thema auch einen ausführlichen Dialog mit Sachverständigen gepflegt¹⁹. Die Frage der Sicherstellung der Eisenbahninfrastrukturqualität und des **Fernverkehrsangebotes** auf

¹⁸ s. Drucksachen 16/10455, 16/10525, 16/11084

¹⁹ z. B. im Rahmen eines Expertengesprächs in der 35. Sitzung am 21. März 2007

der Schiene wurde ebenfalls behandelt²⁰. Dazu führte der Ausschuss im Juli 2009 eine öffentliche Anhörung durch.

Sehr ausführlich wurde der Abschluss einer **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung** (LuFV) in Bezug auf das Schienennetz der DB Netz AG diskutiert. Dazu informierte sich der Ausschuss auch im Rahmen einer öffentlichen Anhörung²¹. Nachdem der Ausschuss auf Änderungen hingewirkt hatte, ist die LuFV mittlerweile in Kraft getreten. Dies hat u. a. zur Folge, dass die Bundesregierung dem Ausschuss künftig jährlich einen aussagekräftigen Infrastrukturbericht vorlegen wird.

Die Rahmenbedingungen für Wettbewerber der DB AG, die Vergabe von Trassenrechten, die Festlegung von Trassenentgelten und die **Öffnung der Schienenverkehrsmärkte** in Europa waren immer wieder Gegenstand der Beratungen. In einem Vierten Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes wurde insbesondere der Zugang zur Eisenbahninfrastruktur für Eisenbahnverkehrsunternehmen geregelt, die grenzüberschreitende Eisenbahnverkehrsleistungen im Personenverkehr erbringen²². Die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der EU²³ und die Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr²⁴ waren ebenfalls Gegenstand der Beratungen.

Unter anderem die Schienenverkehrsprojekte Deutsche Einheit **Nr. 8.1 und 8.2** in Thüringen und Bayern, die **Y-Trasse** Hannover–Hamburg/Bremen, die Neubaustrecke **Rhein/Main-Rhein/Neckar** sowie das Projekt **Stuttgart 21** wurden im Ausschuss mehrfach erörtert. Auch die Frage der Schienenanbindung der Seehäfen (**Hafenhinterlandverkehre**) stand mehrfach auf der Tagesordnung²⁵. Mit den durch Schienenlärm verursachten Problemen hat sich der Ausschuss vielfach befasst²⁶. Erörtert wurde zudem die finanzielle Belastung der Kommunen durch kommunale Brückenbauwerke über Schienenwege nach dem **Eisenbahnkreuzungsgesetz**²⁷.

²⁰ s. Drucksache 16/9903

²¹ 75. Sitzung am 3. Dezember 2008

²² s. Drucksachen 16/10298, 16/12111

²³ s. Drucksachen 16/1851, 16/2636, Ratsdok. 11375/06

²⁴ s. Drucksache 16/12842

²⁵ z. B. Drucksachen 16/16/2091, 16/3670

²⁶ s. Drucksachen 16/675, 16/2074, 16/4562, 16/5293

²⁷ s. z. B. Drucksachen 16/261, 16/1008, 16/1657, 16/3264, 16/3266, 16/4858, 16/5771

Eine Reihe von Gesetzentwürfen wurden im Bereich des Eisenbahnwesens beraten, deren Ziel die Umsetzung von EU-Recht war. Zu dem Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften²⁸, bei dem es vor allem um Zuständigkeiten für Sicherheitsfragen im Bereich des Eisenbahnwesens ging, hat der Ausschuss sich im Rahmen einer öffentlichen Anhörung informiert.

Die Stärkung der **Rechte der Kunden** im Eisenbahnverkehr spielte eine wichtige Rolle in den Beratungen. Die entsprechenden Gesetzentwürfe dazu wurden allerdings vom Plenum des Deutschen Bundestages dem Rechtsausschuss zur federführenden Beratung überwiesen.

Die Perspektiven der **Magnetschwebbahntechnik** haben den Ausschuss immer wieder beschäftigt²⁹. Unter anderem hat er in diesem Zusammenhang mehrfach das Projekt einer Transrapid-Strecke zwischen dem Münchner Hauptbahnhof und dem Flughafen München beraten. Befasst hat sich der Ausschuss auch mit dem schweren Unfall auf der Transrapid-Versuchsstrecke im Emsland sowie mit der Frage der weiteren Finanzierung dieser Versuchsstrecke³⁰.

Weitere Themen aus dem Bereich des Eisenbahnverkehrs waren unter anderem:

- Berichte der Bundesregierung zum Ausbau der Schienenwege³¹
- Verkauf der aurelis Real Estate GmbH durch die DB AG
- Die Umstellung des Bahnstroms auf erneuerbare Energien³²
- Die Bahnanbindung des Flughafens Berlin Brandenburg International³³
- Einführung eines Sozialtickets³⁴
- Zertifizierung von Triebfahrzeugführern³⁵

²⁸ s. Drucksachen 16/2703, 16/4169

²⁹ s. Drucksachen 16/9899, 16/11304

³⁰ s. Drucksachen 16/1165, 16/5815

³¹ s. Drucksache 16/3000, 16/6385

³² s. Drucksachen 16/11930

³³ s. Drucksachen 16/13397, 13/653

³⁴ s. Drucksachen 16/10264, 16/11105

³⁵ s. Drucksachen 16/12587, 16/13184

Straßenverkehr

Die **Sicherheit im Straßenverkehr** war auch in der 16. Wahlperiode ein wichtiges Anliegen des Ausschusses. Es wurde unter anderem über die Frage diskutiert, wie das Ziel des Europäischen Aktionsprogramms für die Straßenverkehrssicherheit erreicht werden kann, die Zahl der Verkehrstoten in der Europäischen Union bis 2010 zu halbieren³⁶ und ob es durch die Einführung eines Masterplans Vision Zero erreicht werden kann, die Zahl der Verkehrstoten sogar auf Null zu reduzieren³⁷. Für Fahranfänger und Fahranfängerinnen wurde die Einführung eines Alkoholverbots beschlossen³⁸. Im Jahr 2008 ging es bei dem Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes um eine stärkere Differenzierung bei der Ahndung von Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten in Abhängigkeit von deren Bedeutung und Vorwerfbarkeit sowie um die Frage der Anpassung des Bußgeldniveaus für Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten an das Bußgeldniveau in den westeuropäischen Nachbarstaaten³⁹. Erörtert wurde wiederholt die Frage der Einführung einer generellen Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen⁴⁰. Auf die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit durch die zügige Ausstattung von schweren LKW mit Spiegeln, welche einer Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer durch tote Winkel entgegenwirken, wurde im Ausschuss großen Wert gelegt⁴¹. Mit den Unfallverhütungsberichten Straßenverkehr⁴², mit der Punktesystematik des Verkehrszentralregisters⁴³, mit der Frage der Reduzierung der Zahl der Verkehrsschilder⁴⁴ sowie mit Konsequenzen aus dem ADAC-Brückentest hat sich der Ausschuss ebenfalls befasst.

Mehrfach wurde in der 16. Wahlperiode die Frage behandelt, ob durch eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes die Zulassung von **Fernlinienbusverkehren** erweitert werden soll⁴⁵. Dabei ging es insbesondere um die bisherige Genehmigungs-

³⁶ Drucksache 16/578

³⁷ s. z. B. Drucksachen 16/11212, 16/13583

³⁸ Drucksachen 16/5047, 16/5398

³⁹ s. Drucksachen 16/10175, 16/10899

⁴⁰ s. z. B. Drucksachen 16/5145, 16/5420, 16/5950, 16/6932, 16/6894, 16/9321

⁴¹ s. z. B. Drucksache 16/4542

⁴² s. Drucksachen 16/2100, 16/3085, 16/10230

⁴³ s. Drucksache 16/12993, 16/13407

⁴⁴ s. Drucksachen 16/10612

⁴⁵ s. Drucksachen 16/384, 16/842, 16/3905, 16/6435, 16/14158

pflcht nach § 13 Absatz 2 Personenbeförderungsgesetz im Hinblick auf Parallelverkehre auf der Schiene.

Immer wieder Gegenstand der Ausschussberatungen waren auch Fragen des Verhältnisses von **Klima- und Umweltschutz** einerseits und Straßenverkehr andererseits. Es ging dabei unter anderem um Klimaschutz im Straßenverkehr⁴⁶, um die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge⁴⁷, um die Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer im Hinblick auf CO₂-Emissionen, um die Erhöhung der Ethanol-Beimischungsquote im Kraftstoff, um Feinstaubfahrverbote⁴⁸, um fehlerhafte Dieselpartikelfilter⁴⁹ und um den Bußgeldkatalog betreffend Umweltzonen⁵⁰.

Ausführlich hat sich der Ausschuss mit der Förderung der **Elektromobilität**⁵¹ sowie mit dem Fahrradverkehr⁵² und dem Fahrradtourismus⁵³ befasst.

Weitere Beratungsthemen aus dem Bereich des Straßenverkehrs waren unter anderem:

- Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes⁵⁴
- Spezielle Fahrberechtigungen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes zum Führen von bestimmten Einsatzfahrzeugen⁵⁵
- Änderungen des Fahrlehrergesetzes⁵⁶
- Fahrzeugzulassung und Pilotversuche im Rahmen des Vorhabens Kfz-Wesen des Aktionsplans Deutschland-Online⁵⁷
- Die Kennzeichnung von Winterreifen⁵⁸
- Verbesserungen in Bezug auf die Möglichkeiten zur Nutzung von Behindertenparkplätzen⁵⁹
- Die Privilegierung von Carsharing-Stellplätzen⁶⁰

⁴⁶ z. B. Drucksachen 16/4416, 16/4429, 16/5135

⁴⁷ s. Drucksache 16/10273

⁴⁸ z. B. Drucksachen 16/4060, 16/6327

⁴⁹ s. Drucksache 16/9802, 16/11446

⁵⁰ s. Drucksachen 16/10313, 16/12349

⁵¹ s. Drucksachen 16/10877, 16/12097, 16/12693, 16/12977

⁵² z. B. Drucksache 16/6705

⁵³ Drucksachen 16/3609, 16/5635

⁵⁴ s. u. a. Drucksachen 16/517, 16/1039, 16/1341, 16/1685

⁵⁵ s. Drucksachen 16/10884, 16/13108, 16/13616

⁵⁶ s. Drucksachen 16/7080, 16/7819

⁵⁷ s. Drucksachen 16/13109, 13617

⁵⁸ s. Drucksachen 16/11213, 16/12348

⁵⁹ s. Drucksachen 16/10534, 16/10849

⁶⁰ s. Drucksachen 16/12863, 16/13582

- Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr⁶¹
- Die Entfernungspauschale im Steuerrecht
- Die Umweltprämie (sog. Abwrackprämie)
- Buslenkzeiten⁶² und die Wiedereinführung der Zwölf-Tage-Regelung (betreffend von Busfahrern einzuhalten-
de Ruhezeiten)⁶³
- Der grenzüberschreitende Personenverkehr mit Kraftomnibussen⁶⁴
- Die Verbesserung der Mobilität von Rollstuhlfahrern bei Busfahrten⁶⁵
- Die Frage der Schaffung eines Bundeswildwegeplans⁶⁶
- Das Projekt der Weiterführung der Bundesautobahn A 100 in Berlin⁶⁷

Güterverkehr und Logistik

Auch in der 16. Wahlperiode war die **LKW-Maut** ein wichtiges Beratungsthema. Im Dezember 2005 befasste sich der Ausschuss mit einem Gesetzentwurf, bei dem es um die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme ging⁶⁸. Zu Beginn der Wahlperiode war auch die Frage der Qualität der Mauterfassung ein Thema⁶⁹. Informiert hat sich der Ausschuss zudem über den Stand des Schiedsverfahrens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Firma Toll Collect GmbH. Vor allem ging es in der 16. Wahlperiode um die Möglichkeiten für eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zugunsten des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes und um die Verwendung der Einnahmen aus der LKW-Maut (ausschließliche Verwendung für den Verkehr oder auch Verwendung für den allgemeinen Haushalt / Verwendung auch für andere Verkehrsträger). 2007 wurde die Kraftfahrzeugsteuer durch Absenkung der Höchststeuer für schwere Nutzfahrzeuge auf das EG-rechtlich zulässige Mindestniveau gesenkt⁷⁰. Im Folgenden war dann die vorgesehene Erhöhung der LKW-Maut streitig⁷¹. 2008

⁶¹ s. Drucksache 16/12980

⁶² s. Drucksachen 16/584, 16/1900

⁶³ s. Drucksachen 16/7861, 16/9076, 16/9739

⁶⁴ s. Drucksache 16/7071

⁶⁵ s. Drucksachen 16/8545, 16/10562

⁶⁶ s. Drucksachen 16/7145, 16/9529

⁶⁷ s. Drucksachen 16/13172, 16/14076

⁶⁸ s. Drucksachen 16/32, 16/221

⁶⁹ s. Drucksachen 16/1680, 16/3264

⁷⁰ s. Drucksachen 16/2718, 16/5234

⁷¹ s. Drucksachen 16/9344

wurde das Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge geändert, um das verbleibende Harmonisierungsvolumen durch sog. De-minimis-Beihilfen und Beihilfen für Aus- und Weiterbildung zu erreichen⁷². Zum Ende der Wahlperiode wurde über einen Vorschlag zur Aussetzung der Mauterhöhung bis Ende 2009 debattiert⁷³.

Ein weiteres wichtiges Beratungsthema war der von der Bundesregierung vorgelegten **Masterplan Güterverkehr und Logistik**⁷⁴. Strittig war im Ausschuss die Frage der Zulassung von 60-Tonnen-LKW (sog. Gigalinern)⁷⁵ sowie die Zulässigkeit entsprechender Modellversuche in einigen Bundesländern. Die Verbesserung der Situation in Bezug auf Park- und Stellplätze für LKW an Bundesautobahnen war für den Ausschuss ein besonders wichtiges Anliegen⁷⁶.

Weitere Beratungsthemen aus dem Bereich Güterverkehr und Logistik waren:

- Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten
- Verbesserung der Kontrollen im Gewerblichen Güterverkehr⁷⁷
- Kontrolldichte bei Gefahrguttransporten⁷⁸
- Die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße⁷⁹
- Verbesserung der Sicherheit der Lieferkette⁸⁰
- Toxische Rückstände in Transport-Containern⁸¹
- Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers⁸²
- Änderung des Fahrpersonalgesetzes⁸³
- Die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer im Güterkraft- oder Personenverkehr⁸⁴
- Alpentransit⁸⁵

⁷² s. Drucksachen 16/10388, 16/1089

⁷³ s. Drucksachen 16/12731, 16/14092

⁷⁴ s. z. B. Drucksachen 16/9460, 16/14077, 16/10049

⁷⁵ z. B. Drucksachen 16/2683, 16/2990, 16/5292

⁷⁶ s. z. B. Drucksachen 16/5278, 16/7146

⁷⁷ s. z. B. Drucksachen 16/9236, 16/9600

⁷⁸ s. Drucksache 16/537

⁷⁹ s. Drucksachen 16/6121, 16/6610

⁸⁰ s. Drucksache 16/3554

⁸¹ s. Drucksachen 16/5612, 16/6812

⁸² s. Drucksache 16/7072

⁸³ Drucksachen 16/4691, 16/5238

⁸⁴ s. Drucksachen 16/1365, 16/1655

⁸⁵ s. z. B. 16/9480, 16/11082

ÖPNV

Im Bereich des ÖPNV stand der Schienenpersonennahverkehr⁸⁶ im Fokus der Ausschussberatungen. Intensiv wurden die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Höhe und die Verwendung der **Regionalisierungsmittel** erörtert⁸⁷. Im Zusammenhang damit steht die Frage der (obligatorischen) **Ausschreibung** von Nahverkehrsleistungen, zu der es im Ausschuss sehr unterschiedliche Positionen gab. Auch mit der Frage der Liniengenehmigung im Öffentlichen Personennahverkehr⁸⁸ hat sich der Ausschuss befasst.

Luftverkehr

Das beherrschende Thema im Bereich des Luftverkehrs waren in der 16. Wahlperiode Neuregelungen im Bereich der **Flugsicherung**⁸⁹. Dabei ging es neben der Umsetzung von EU-Recht (z. B. Einrichtung einer Aufsichtsbehörde für die Flugsicherung) und der verfassungskonformen Regelung der Wahrnehmung von Aufgaben der Flugsicherung durch Flugsicherungseinrichtungen anderer Staaten auf deutschem Hoheitsgebiet um den künftigen Status der Deutschen Flugsicherung (DFS) vor dem Hintergrund der EU-Verordnungen zu einem einheitlichen europäischen Luftraum (sog. Single European Sky-Verordnungen). Anfang 2006 wurde vom Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein Gesetzentwurf⁹⁰ verabschiedet, welcher zum Ziel hatte, die Flugsicherung in der Bundesrepublik Deutschland den sich ändernden Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene anzupassen und zugleich die Voraussetzungen für eine Kapitalprivatisierung der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) zu schaffen. Das Gesetz wurde jedoch vom Bundespräsidenten wegen verfassungsrechtlicher Bedenken nicht ausgefertigt. Daraus ergab sich eine intensive Diskussion über den verfassungsrechtlichen und den europarechtlichen Rahmen für die Regelung der Flugsicherung in Deutschland. 2009 wurde Artikel 87d des Grundgesetzes mit dem Ziel geändert⁹¹, die bisher umfassend hoheitliche Luftverkehrsverwaltung für abweichende Vorgaben des Rechts der Eu-

⁸⁶ s. z. B. 16/4198, 16/5274

⁸⁷ s. Drucksachen 16/652, 16/1435, 16/2807, 16/6310, 16/6975

⁸⁸ s. Drucksachen 16/11635, 16/12350

⁸⁹ s. u. a. Drucksachen 16/3803, 16/7133, 16/11168

⁹⁰ s. Drucksachen 16/240, 16/1161

⁹¹ s. Drucksachen 16/13105, 16/12280, 16/13217

ropäischen Gemeinschaft zu öffnen und die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Aufgaben der Flugsicherung durch nach EG-Recht zugelassene ausländische Flugsicherungsorganisationen zu eröffnen. Parallel wurden ein Gesetz zur Änderung luftverkehrsrechtlicher Vorschriften sowie ein Gesetz zur Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung verabschiedet⁹². Nach bereits vorausgegangenen Gesprächen mit Verfassungsrechtsexperten hatte der Ausschuss zu diesem Themenkomplex im April 2009 auch eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Das Thema eines einheitlichen europäischen Luftraums (**Single European Sky**) war auch darüber hinaus ein zentrales Thema der Ausschussberatungen im Bereich des Luftverkehrs⁹³.

Weitere Themen aus dem Bereich des Luftverkehrs, mit denen sich der Ausschuss befasst hat, waren:

- Flughafeninfrastruktur und Flughafenentgelte⁹⁴
- Flughafenkonzept der Bundesregierung
- Der Umgang mit dem Problem des Fluglärms
- Nachtflugregelungen
- Klimaschutz im Luftverkehr⁹⁵
- Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel und Kerosinbesteuerung.
- Stärkung der Rechte der Fluggäste⁹⁶
- Sicherheitsvorschriften in Bezug auf das Gepäck der Passagiere (namentlich im Hinblick auf Flüssigkeiten)
- Sicherheit von Flughäfen
- Die internationale Zusammenarbeit zur Gewähr der betrieblichen und technischen Sicherheit im Luftverkehr⁹⁷
- Übermittlung von Fluggastdaten an die USA
- Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI)
- Schließung des Flughafens Berlin-Tempelhof

Schifffahrt

Die Sicherheit der **Seeschifffahrt** war für den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch in der 16. Wahlpe-

⁹² s. Drucksachen 16/12279, 16/11608, 16/13213

⁹³ s. z. B. Drucksachen 16/9322, 16/11447

⁹⁴ s. z. B. Drucksache 16/7169

⁹⁵ s. z. B. Drucksachen 16/5967, 16/9119

⁹⁶ s. Drucksachen 16/12997, 16/14075

⁹⁷ s. z. B. Drucksachen 16/958, 16/1159

riode ein wichtiges Anliegen. Unter anderem hat er sich hier mit Sicherheitskonzepten für Nord- und Ostsee sowie mit der Anpassung von Notschleppkonzepten befasst⁹⁸, aber auch mit den Folgerungen, welche sich aus Schiffsunglücken ergeben haben. Auch mit den Gefahren, die von Trunkenheitsfahrten in der Seeschifffahrt ausgehen, hat sich der Ausschuss auseinandergesetzt⁹⁹. Kontrovers wurde die Frage der Schaffung einer nationalen Küstenwache diskutiert¹⁰⁰.

Im Bereich der **Binnenschifffahrt** war unter anderem die Umsetzung des Europäischen Aktionsprogramms für die Binnenschifffahrt NAIADES in Deutschland Gegenstand der Diskussion. Beraten wurde auch über Baumaßnahmen an Havel und Spree im Rahmen des Wasserstraßenprojekts VDE Nr. 17 sowie über die Sanierung des Landwehrkanals. Auch mit der Frage von Modellversuchen für Wassertaxen in Berlin¹⁰¹ und mit Angelegenheiten der **Sportbootschifffahrt**¹⁰² befasste sich der Ausschuss.

Weitere Themen aus dem Bereich der Schifffahrt waren:

- Der Aktionsplan zur Errichtung eines europäischen Seeverkehrsraums ohne Grenzen¹⁰³
- Die Entwicklung des Ostseeraums¹⁰⁴
- Klima- und Umweltschutz¹⁰⁵
- Schutz der Meere¹⁰⁶
- Das Antifoulingabkommen¹⁰⁷
- Die umweltfreundliche Stromversorgung von Schiffen in Häfen¹⁰⁸
- Änderungen des Seelotsgesetzes¹⁰⁹
- Änderungen des Seeaufgabengesetzes zur Anpassung an EU-Recht¹¹⁰
- Die Kritik des Bundesrechnungshofes an der Planung des Maritimen Sicherheitszentrums in Cuxhaven

⁹⁸ Drucksachen 16/685, 16/1164, 16/1647 und 16/2005

⁹⁹ Drucksachen 16/1158, 16/2736

¹⁰⁰ s. Drucksache 16/8543, 16/13604

¹⁰¹ s. Drucksachen 16/2519, 16/4286

¹⁰² s. z. B. Drucksachen 16/4061, 16/5416, 16/5770, 16/10593, 16/11303

¹⁰³ s. Drucksache 16/13699

¹⁰⁴ z. B. Drucksachen 16/7286, 16/8171

¹⁰⁵ s. Drucksachen 16/6790, 16/8731

¹⁰⁶ s. z. B. Drucksachen 4418, 16/5764, 16/5269, 16/5609, 16/6491

¹⁰⁷ s. Drucksachen 16/8154, 16/8503

¹⁰⁸ Drucksachen 16/2791, 16/4457

¹⁰⁹ s. Drucksachen 16/9037, 16/9390

¹¹⁰ s. Drucksachen 16/35, 16/376

- Änderungen im Seerecht¹¹¹
- Die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen¹¹²
- Die Frage der Einführung einer obligatorischen Haftpflichtversicherung für Binnenschiffe¹¹³

Sonstige EU-Fragen

Zu Beginn der Wahlperiode stand bei den EU-Themen vor allem die EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 2007 im Mittelpunkt. Die Probleme beim Aufbau eines zivilen europäischen Satellitennavigationssystems (GALILEO) beschäftigten den Ausschuss während der gesamten Wahlperiode¹¹⁴.

Bau- und Stadtentwicklung

Eines der zentralen Themen im Bereich des Bauwesens war in der 16. Wahlperiode die **Einsparung von Energie im Gebäudebereich**¹¹⁵. Zu dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes¹¹⁶ hat der Ausschuss im November 2008 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹¹⁷. Mit diesem Gesetz sollen im Rahmen einer integrierten Energie- und Klimapolitik notwendige Weichenstellungen vorgenommen werden. Auch die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden¹¹⁸ sowie der künftige Umgang mit Nachtspeicherheizungen waren Beratungsgegenstände¹¹⁹.

Zu Fragen der Änderung des **Wohngeldrechts** informierte sich der Ausschuss im Dezember 2007 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung¹²⁰. Durch die Gesetzesänderung wurden dann die Leistungen für Wohngeldempfänger verbessert; unter anderem wurden die Heizkosten über nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder gestaffelte Beträge in die zu berücksichtigende Miete einbezogen und die Wohngeldformel wurde so verändert, dass sich eine Anhebung der Tabellenwerte für das Wohngeld um 8 Prozent ergab¹²¹. Ende 2008

¹¹¹ s. Drucksachen 16/7415, 16/7843

¹¹² s. Drucksachen 16/5389, 16/5789

¹¹³ Drucksachen 16/6640, 16/8030

¹¹⁴ s. z. B. Ratsdok. 10427/06, Ratsdok. 7828/07, Ratsdok. 13113/07, Ratsdok. 17365/08

¹¹⁵ s. z. B. Drucksachen 16/4787, 16/5235

¹¹⁶ s. Drucksachen 16/10290, 16/11417

¹¹⁷ 72. Sitzung am 10. November 2008

¹¹⁸ s. z. B. Drucksache 16/13412

¹¹⁹ s. Drucksachen 16/11193

¹²⁰ 52. Sitzung am 12. Dezember 2007

¹²¹ s. Drucksachen 16/6543, 16/8918, 16/3351, 16/8053, 16/8922

wurde beschlossen, im Hinblick auf die Belastung durch Kostensteigerungen - vor allem bei den Heizkosten - die höheren Leistungen nach der Wohngeldnovelle den Bürgerinnen und Bürgern bereits mit Wirkung vom 1. Oktober 2008 zugute kommen zu lassen¹²².

Beratungsthemen waren auch die **Stadtumbauprogramme** (Ost und West)¹²³, der Leerstand von Wohnungen, vor allem in Bezug auf die neuen Länder, sowie die Frage einer Altschuldenentlastung für leerstehende Wohnungen¹²⁴. Zu einem Antrag zur Fortsetzung des Programms **Stadtumbau Ost**¹²⁵ hat der Ausschuss im Mai 2009 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹²⁶. Auch den Ausbau der **integrierten Stadtentwicklung** und die **Förderung der Innenstädte** hat der Ausschuss thematisiert¹²⁷. Zudem hat er eine Entschließung zum Thema „Thematische Strategie für die städtische Umwelt“ verabschiedet¹²⁸.

Im Bereich der **Bauplanung** hat sich der Ausschuss unter anderem mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte befasst, bei dem es um die Einführung eines neuen beschleunigten Verfahrens für Bebauungspläne ging¹²⁹.

Zudem hat der Ausschuss 2008 zur Anpassung an die durch die Föderalismusreform geänderte Verfassungslage eine Neufassung des **Raumordnungsgesetzes** verabschiedet¹³⁰. Unter dem Aspekt der Raumordnung des Bundes erörterte der Ausschuss auch Fragen des Ausbaus der Offshore-Windenergie.

Im Bereich des Bauwesens war die Einrichtung einer **Bundestiftung Baukultur** ein Gegenstand der Ausschussberatungen. Der Ausschuss hat dazu im Oktober 2006 einen Gesetzentwurf angenommen¹³¹. Der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses/Humboldt-Forum¹³² sowie die Einrichtung einer Stiftung Berliner Schloss waren ebenfalls Gegenstand der Beratung.

¹²² s. Drucksachen 16/10812, 16/11229, 16/10319

¹²³ s. z. B. Drucksachen 16/12118, 16/13408

¹²⁴ s. Drucksachen 16/2078, 16/3082

¹²⁵ s. Drucksachen 16/12284, 13408

¹²⁶ 91. Sitzung am 27. Mai 2009

¹²⁷ s. Drucksachen 16/8076, 16/11414, 16/11875

¹²⁸ Drucksache 16/4608

¹²⁹ Drucksache 16/2496, 16/3308

¹³⁰ Drucksachen 16/10292, 16/10900

¹³¹ Drucksachen 16/1945, 16/3081

¹³² s. z. B. 16/5922, 16/5961, 16/7366

Weitere Themen im Bereich des Bauwesens waren unter anderem:

- Stadtentwicklung unter dem Aspekt einer modernen Struktur- und Wirtschaftspolitik¹³³
- Die Initiative der Bundesregierung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik¹³⁴
- Der Stadtentwicklungsbericht 2008¹³⁵
- Die Mitteilung der Kommission zu der „Strategie für die städtische Umwelt“¹³⁶
- Die Kultur der Mobilität in der Stadt¹³⁷
- Fragen des Baus von Kindertageseinrichtungen¹³⁸
- Reform und Ausgestaltung des Vergaberechts¹³⁹
- Die Lage der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland¹⁴⁰
- Die Novellierung der HOAI.
- Die Änderung des Bauforderungssicherungsgesetzes¹⁴¹
- Die Frage einer Neustrukturierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

Aufbau Ost

Beim Aufbau Ost stand neben den Themen, die zugleich auch einen Bezug zu den Themenkomplexen Bau und Verkehr hatten, die Beratung der **Jahresberichte** der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit im Vordergrund¹⁴². Erörtert wurde unter anderem auch der Einsatz öffentlicher Mittel für die ost-deutschen Bundesländer¹⁴³ sowie die Perspektiven im Hinblick auf den Solidaripakt.

¹³³ s. Drucksachen 16/1612, 16/2004

¹³⁴ Drucksache 16/9234

¹³⁵ s. Drucksachen 16/13130, 16/13665

¹³⁶ s. Drucksache 16/4608

¹³⁷ s. Drucksache 16/8360

¹³⁸ s. Drucksachen 16/11665, 16/14093

¹³⁹ s. z. B. Drucksachen 16/12694, 16/13155

¹⁴⁰ Drucksachen 16/4570, 16/4940

¹⁴¹ s. Drucksachen 16/13159, 16/13415

¹⁴² s. Drucksachen 15/6000, 16/650, 16/652, 16/693, 16/2870, 16/3310, 16/4041, 16/6500, 16/7014, 16/7015, 16/8865, 16/10454, 16/10852, 16/10854, 16/13121, 16/13360

¹⁴³ Drucksachen 16/7567, 16/9120